

Evelin Schönhut-Keil

Oktober 2018

Europa – eine Herausforderung für die Demokratie ?

Anrede,

zunächst einmal darf ich mich bei Ihnen für die Einladung bedanken. Ich freue mich hier zu sein und ich hoffe, dass Ihnen meine Sicht der Dinge Impulse für Widerspruch und Applaus gibt.

Zunächst darf ich mich bei Ihnen vorstellen: ich komme aus Hessen und arbeite seit 40 Jahren in dem weitgefächerten Bereich der sozialen Arbeit seit 1976. Bin Gründungsmitglied der GRÜNEN und als Reala im Team von Joschka Fischer seit 1981.

In den Neunziger Jahren bezeichnete Kanzler Schröder diese Themenvielfalt als „Gedöhns“ und es wurde darüber viel gelacht. Heute würde das so niemand mehr tun. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit bestimmt unsere heutige politische Debatte in Deutschland und in Europa.

Ich bin also Fachfrau für alle sozialen Themen, war lange Parteivorsitzende in Hessen und Vizepräsidentin des Landtages, mein Wahlkreis war der von Roland Koch.

Als mich Herr Ludwig im Februar fragte, ob ich bei Ihnen etwas zur Debattenlage Europa beitragen könnte, habe ich länger nachgedacht und dann, erst JA gesagt. Selten habe ich eine Zusage so bereut!

Allerdings nicht, weil ich Zweifel an meiner Position habe, sondern weil ich vermute, wir alle haben den Eindruck, die Ereignisse überschlagen sich geradezu. Wir alle haben uns sicherlich noch vor 5 Jahren nicht träumen lassen, an welcher Stelle heute Deutschland und Europa heute stehen.

Anrede,

ein vereinigt und funktionierendes Europa ist die Grundvoraussetzung für Frieden und Gerechtigkeit in einer sich zersplitternden Weltlage. Generell muss es eine gemeinsame Idee geben, wo dieser Kontinent hin will, wirtschaftlich, sozial, ökologisch aber eben auch demokratisch, als gemeinsames Gerüst. Wir brauchen weniger Verwaltung und mehr Herzblut in der Debatte! Wer die Grundlagen verleugnet und verletzt, demokratische Bedingungen an freier Presse, Justiz, Menschenrechte verhindert, hat in diesem Europa nichts zu suchen!

Wir brauchen eine pro-Europäische Haltung mit Leidenschaft und Zielen, die über den heutigen Tag hinausgehen und keine Ängstlichkeit. Es liegt ein Kampf vor uns, der nicht mit dem Florett ausgefochten wird, sondern – wie ich fürchte - mit einem Schwert. Die europäische Frage ist die Frage von Krieg und Frieden für zukünftige Generationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Der Wahltag von **Trump am 09.11.2016** und das **Votum der englischen Bürgerinnen und Bürger für einen Austritt des Vereinigten Königreiches aus Europa stellen DIE Zäsur in unserer Nachkriegsordnung dar.** Grosse Umwälzungen sind in der Vergangenheit immer durch Kriege entschieden worden. Wir erleben gerade dramatische Änderungen, die scheinbar ohne Not und in friedlichen Zeiten des Überflusses getroffen werden.

Im Gegenteil.

Waren wir Anfang der Neunziger Jahre noch von dem Wissen beseelt oder besser beruhigt, dass wir eine neue Normalität auch mit den Staaten des Ostblocks erleben, eine Angleichung der Lebenssituationen und auch eine umfassende Abrüstung inkl. das Ende des kalten Krieges, stehen wir heute an einem ganz anderem Punkt.

Die Globalisierung, die Informationsflut auch der Desinformation durch bezahlte Trolle oder Fake-News im Internet, die drohende umfassende Digitalisierung, die massenhaft Arbeitsplätze kosten wird und die vielen anderen technischen Möglichkeiten, die einige superreich und andere ohne Perspektive zurücklässt, stehen nicht mehr als Bedrohung vor der Tür sondern sind längst Realität.

Und wir sehen, die Menschen reagieren auf solche spürbaren Veränderungen mit einer zunehmenden Nervosität und mit dem Blick in eine vermeidliche bessere Vergangenheit in der alles – scheinbar - schön übersichtlich und klein war.

Mit der **Brexit Entscheidung am Morgen des 24. Juni 2016** wurde klar, dass sich unter der Oberfläche der Stabilität, des wirtschaftlichen Super-Reichtums für einige Wenige eine völlig andere Bewegung Bahn bricht.

Wie haben es mit einem offener Populismus und der offene Feindschaft gegenüber dem europäischen Einigungsprozess und dem Wille zu einem neuen Nationalismus zu tun. Nicht nur in Osteuropa, sondern in vielen Ländern der EU stellen sich europafeindliche Parteien zur Wahl und erlangen respektable Ergebnisse.

Die Frage, die wir alle beantworten werden müssen ist, hat sich die EU überlebt und gehen wir sehenden Auges in eine Phase der Instabilität?

Für die EU jedenfalls ist diese Entscheidung eine große Katastrophe. **65 Mio Briten** gehören dann nicht mehr der EU an und die nach Deutschland zweitgrößte Volkswirtschaft und gemeinsam mit Frankreich die stärkste Militär- und Nuklearmacht verlässt das Gebiet. Danken müssen wir dafür, dass sie bislang nicht aus der Nato ausgeschieden sind.

Gleichwohl werden die Folgen verheerend sein.

Übrigens nicht nur finanziell, sondern eben auch innenpolitisch. Wer England kennt, weiß, dass sich der Wohlstand in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend auf London konzentriert hat. Anfang der Neunziger Jahre, besuchte ich Liverpool. Und ein Sozialarbeiter sagte mir, die einzigen, die hier noch Arbeit haben, sind die Drogenhändler. 80 % Arbeitslosigkeit in dieser Region, ohne funktionierenden Sozialstaat, so wie wir ihn kennen.

All das steht nun wieder massiv vor der englischen Tür.

Deswegen will ich auf ein reales Problem, von Krieg und Frieden an dieser Stelle hinweisen. Nirgendwo wird der Brexit härter zuschlagen, als an der Nordirischen Grenze. Wenn **die Briten tatsächlich den Wahnsinn umsetzen, und am 29. März 2019** die EU verlassen, wird es in Nordirland plötzlich eine Außengrenze der EU geben. Mit massiven wirtschaftlichen Folgen für die Region.

Sie wissen die Insel ist seit Jahrzehnten in die Republik Irland im Süden und die britische Provinz im Norden geteilt. Erst das sogenannte Karfreitagsabkommen beendete 1998 die auch religiös motivierten Auseinandersetzungen in Nordirland. In den vergangenen 20 Jahren sorgten das grenzenlose Reisen zwischen den beiden Inselteilen und auch etliche Milliarden an EU-Fördermitteln dafür, dass der mühsam errungene Frieden zwischen den Katholiken und Protestanten, der ja ein Machtkampf und weniger ein Religionskrieg war, hielt.

Wer in den Achtziger Jahren mal in Irland und Nordirland war, hat gesehen, wie stark der Hass zwischen den beiden Lagern viele Jahrzehntelang war.

Der Spiegel schreibt: „Wohl noch nie seit der politischen Neuordnung des Kontinents beim Wiener Kongress vor gut 200 Jahren mussten die Europäer ähnlich komplexe Verhandlungen mit so weitreichenden Folgen in so kurzer Zeit abschließen.“ Und da Theresa May's Mehrheit im britischen Unterhaus ausgerechnet von der nordirischen Hardliner Partei DUP abhängt, macht die Sache nicht einfacher. Im Moment gilt der Satz von Michel Barnier, dem französischen Brexit-Chefunterhändler: „Der Brexit kennt keine Gewinner!“

Die lange und blutige Geschichte, die Irland und England miteinander haben, und die in diesem Prozess immer wieder eine große Rolle spielt, bringt uns zurück in die eigene geschichtliche Entwicklung:

Betonen möchte ich an dieser Stelle: **dem proeuropäische Integrationsprozess sind nicht rationale und logische Denkprozesse voraus gegangen, sondern eine quälend lange Zeit über die Jahrhunderte, die von Kriegen mit einem hohen Blutzoll geprägt waren. Geendet hat es, wie wir alle wissen, mit bis zu 80 Millionen Toten und Vertriebenen im Zweiten Weltkrieg.**

Das bedeutet nicht nur für mich, sondern für uns alle:

Die Frage nach einer dauerhaften europäischen Ordnung war und ist in erster Linie eine Frage nach einem dauerhaften Friedens in turbulenter Zeit! Und eine der wirtschaftlichen Sicherheit und Entwicklung in Verantwortung für kommende Generationen.

Nach dem Ende des Zweiten **Weltkrieges im Mai 1945**, folgte die Teilung Europas und eine neue Ordnung, die bis 89 vom kalten Krieg geprägt war. Hatten in den vergangenen Jahrhunderten verschiedenen Machtzentren die Fäden in Europa in der Hand, nahm mit den Ende des Zweiten Weltkrieges eben die Europäische Nachkriegsordnung Gestalt an, die auf dem Gleichgewicht des Schreckens, einer nuklearen Vernichtung und dem großen Bruder USA auf der einen Seite, und der Sowjetunion als Feind auf der anderen Seite basierte. Deutschland als geschlagene Kriegspartei spielte eine untergeordnete Rolle und Deutschland fügt sich bis heute in diese Rolle.

Sehr glücklich darf man darüber sein, dass die historisch verwurzelte Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland heute der Vergangenheit angehört und niemand mehr von einer Erbfeindschaft redet.

Deutschland hatte durch seine positiven auch wirtschaftlichen Entwicklungen es geschafft nach dem Ende des Hitlerfaschismus wieder in die Weltgemeinschaft als berechenbarer Partner aufgenommen zu werden.

Die Freundschaft zwischen Helmut Kohl und Francois Mitterand, die eine Handreichung auf dem Soldatenfriedhof in Verdun möglich machten, hatten eine weitgehende Bedeutung, die wir uns alle eingedenk der Geschichte – immer wieder - vor Augen führen sollten.

Doch die Sicherheit die uns Europa, die Nato und die wirtschaftliche Stabilität versprach und verspricht war und ist trügerisch. Bewiesen wurde dies durch die Wahl von Trump.

War auch die klassische Linke in den siebziger Jahren nicht vor einem gewissen Antiamerikanismus gefeit, der in dem Slogan „Ami go Home“ gipfelte, so nahmen doch alle den Schutz den „großen Bruders“ billigend in Kauf und verließen sich darauf.

Alle Parteien – auch und gerade meine - scheuen die Frage nach der militärischen Entwicklung des wiedervereinigten Deutschlands bis zum heutigen Tage.

Ich betone hier ausdrücklich, dass ich dies für einen gewaltigen Fehler halte!

Wir alle wissen nicht, wo wir auf dieser rasanten Achterbahnfahrt morgen stehen werden, unsere militärische Entwicklung aus den Augen zu verlieren, ist naiv und fahrlässig.

Und ich füge hinzu: die Abschaffung der Wehrpflicht in relativ stabiler Zeit war ein großer Fehler gewesen.

Anrede,

vergessen Sie nicht, die Gründerväter und Mütter wollten den Wehrdienst bewusst, um eine Macht im Staate zu verhindern. Sie wollten verhindern, dass sich neben der Politik eine Macht aufbaut, die in der Lage ist einen Putsch gegen die Regierung durchzuführen.

Ich weiß nicht, wo wir Morgen stehen. Ich halte es allerdings für richtig, über einen Wehrdienst, kompensiert mit einem sozialen und ökologischen Dienst, sicherlich modern ausgestattet zu reden und dies auch zu entscheiden.

Die NATO steht durch die Wahl in den USA und die katastrophalen Entwicklungen in der Türkei vor völlig neuen Herausforderungen.

Lassen Sie mich einen Blick auf die Realität in den USA werfen:

Ich hatte das zweifelhafte Vergnügen Hochsicherheitsgefängnisse inkl. die Todestrakte zu besuchen sowie mit Bürgerrechtlern zu reden, die sich mehr als verwundert zeigten, dass deutsche Politiker sie besuchten um von ihrem Rechtssystem zu lernen. Die Reise war damals ein Wunsch der CDU.

Wir erlebten ein Land, welches den Rassismus nicht beherrscht und das weniger denn je, ein Justizsystem welches unseren Ansprüchen nach Resozialisierung und Menschenwürde nicht genügt, sondern auf Rache

aufgebaut ist; ein Land, das den Menschen mit fadenscheinigen Gründen eine Krankenversicherung verweigert, ein Land in dem viele private Medien, gleichgeschaltet sind im Kommerz, und ein Land, dass in vielen Teilen geprägt ist von radikalen Christen und einem kruden Menschenbild. Ein Land, in dem das Tragen einer Waffe zu den Menschenrechten gehört.

In 2008 sahen wir durch die mangelnden, bzw. nicht vorhandenen Sicherungssysteme auch die Folgen der Finanzkrise in den USA:

Menschen in Zelten schlafen, nachdem sie in 24 Stunden ihre Häuser verlassen mussten, weil die Kredite geplatzt waren.

Ganze Landstriche veröden, weil die Industrien geschlossen wurden und insgesamt eine Volkswirtschaft die ihre Güter eher aus Billigländern einführt, als selbst produziert.

In dem sogenannten Bible-Belt erleben die Staaten gerade die größte Drogenepidemie der Neuzeit. In manchen Teilen sind 40 % der Bevölkerung drogenabhängig, weil sie – auch eine Folge der fehlenden Krankenversicherung – das abhängig machen Schmerzmittel Oxycodon eingenommen haben und jetzt an harten Drogen hängen. Vom Baby bis zum Greis. Eine menschliche und soziale Katastrophe.

Kurz: Ich verstehe die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung, auch wenn ich ihren Wahlentschluss nicht teile und ihn katastrophal finde.

Die Wahl ist das Ergebnis einer tiefen und langanhaltenden Entfremdung der amerikanischen Bevölkerung und seinen Eliten, an den Rändern und eben auch in Washington. Die weiße Arbeiterklasse, die Mittelschicht gerade in den ländlichen Gebieten und die Verzweifelten in den ehemaligen Industriehochburgen suchte ihre Rettung ausgerechnet in diesem Mann.

Trump stellt die Rolle der USA als westliche Führungsmacht in Frage und damit auch alle damit einhergehenden Beistand- und Bündnisverpflichtungen und Sicherungsgarantien. Trump sieht die USA in ihrer jetzigen Rolle als armes Opfer, das von allen anderen Staaten ausgebeutet wird, vorneweg Japan und Deutschland. Und er verspricht der amerikanischen Arbeiterklasse ein Wiedererstarken zur alten Blüte indem er die bestehenden Handelsverträge abschafft oder ändert. Innenpolitisch brisant ist das öffentliche Sichtbarwerden

der Amerikanischen Faschisten, der radikalen Isolationisten und der Sympathisanten einer Nazi-Deutschlands die unter der Parole „America-First“ und bis an die Zähne bewaffnet Morgenluft riechen.

Meine Damen und Herren, so legt man die Grundlagen für ein faschistisches System. Innenpolitisch wird dies also brisant, aber eben nicht nur da.

Das Ende der Allianz des Westens unter der Führung und dem Schutz der USA hat gewaltige und ernste Auswirkungen auf das internationale System. Die Nachkriegsordnung bricht zusammen und verlangt eine europäische und einheitliche Reaktion um Frieden und Stabilität zu wahren!

Wir brauchen Antworten auf die Frage: wie gehen wir in Zukunft mit Russland und den anderen osteuropäischen Staaten um? Ist unser Ziel wirklich eine abermalige Konfrontation mit Russland?

Ich persönlich fände es geradezu absurd, wenn wir als Deutsche im Herz von Europa und nicht irgendwo am Rand, in eine neue Phase des kalten Krieges einträten.

Putin war offensichtlich zu Beginn zum Dialog bereit, wenn man seine Rede vor dem Bundestag noch einmal hört.

Obama ließ sich leider im März 2014 sogar dazu herab Russland als Regionalmacht zu verspotten. Nach der Krimkrise, der Bedrohung der lettischen Staaten und letztlich bei dem Stellvertreterkrieg in Syrien, wird dies wohl niemand mehr behaupten. Es gelang Putin äußerst eindrucksvoll von seinen Fehlern in Russland abzulenken und ebenfalls die Hoffnung in den Russen zu nähren, die alte Stärke der stolzen Sowjetunion stünde wieder vor der Tür.

Krieg der Medien haben wir jedenfalls schon heute. Über Russia today oder Pravd.tv werden über die sozialen Netzwerke Themen und Thesen gestreut, die durchaus auf fruchtbaren Boden in der deutschen Bevölkerung fallen. Putin hat es geschafft, sich als rationalen Vertreter der Macht in einer Zeit des Wahnsinns in vielen Teilen der Länder darzustellen.

Um einen realistischen Blick auf die Dinge zu haben, muss man kein Russland-Freund sein. Bin ich auch nicht. Ich halte Putin für einen eiskalten Taktiker der Macht, einen Autokraten der unerbittlich seine Systemgegner verfolgt und kein

Fan von einer Demokratie ist, wie wir sie kennen. Sein Machthunger ist groß und er ist sehr geschickt in die Lücke der Handlungsunfähigkeit des Westens gestoßen. Sein Verhalten im Syrienkrieg, durch die Unterstützung von Baschar al-Assad hat die europäischen Demokratien geschwächt und uns eine Krise des Parteiensystems beschert.

Alle das sollte uns deutlich beunruhigen!

Was fehlt ist eine klare und einheitliche Positionierung und Einmischung Europas zu diesen Fragen!

Anrede,

Europa muss sich ändern, um zu überleben!

Wie geht Deutschland, eingedenk seiner Geschichte mit Polen und seiner derzeitigen nationalistischen Regierung um? Es hat lange gedauert, bis man sich entschloss, dem größten Nettozahlungsempfänger der EU, nämlich Polen, mal mit dem Entzug der Zahlungen zu drohen, wenn sie sich nicht an die Regeln halten.

Und ja, ich verstehe, dass in diesen Fragen nicht Deutschland das große Wort führt und Merkel lange davor zurückschreckte. Der Gründungskonsens von Europa war Frieden und Stabilität sowie wirtschaftliche Entwicklung. Und alle Länder der EU müssen sich an die selbst gegebenen Regeln halten, sonst ist Europa eine Hülle ohne Inhalt!

Ich frage mich, warum hat in der Gründungsphase niemand über den Ausschluss von Länder nachgedacht und es gilt nach wie vor das Einstimmigkeitsprinzip bei solchen Entscheidungen? Gerade auch eine Regierung wie in Ungarn, die offen mit faschistischen und nationalistischen Ideen sympathisiert, muss man mit klaren Anforderungen und Regeln begegnen. Aber wie soll das gehen, wenn Victor Orban als guter Freund der CSU empfangen wird und er geradezu begeistert beklatscht wird für eine Europafeindliche Politik?

Die beängstigende Geschwindigkeit mit der sich diese tiefgreifenden Veränderungen vollziehen macht Angst, gleichwohl bin ich der Meinung, dass

man nicht die Fabrik abreißt, wenn einem das Management nicht passt. Wir alle, unsere parlamentarische Demokratie muss Antworten finden.

Anrede,

ob es uns nun gefällt oder nicht, die beiden großen traditionellen Volksparteien mit den entsprechenden Milieus gibt es so nicht mehr. Anfang der Achtziger strebte dann die ökologische Friedens- und Frauenbewegung mit der Gründung der GRÜNEN in die Parlamente. Dies war ein erster und einschneidender Schritt in der Auflösung der bisherigen Parteien und wie wir heute wissen, war das nicht der letzte.

Große gesellschaftliche Gruppen und Bewegungen forderten andere Akzente und Schwerpunkte außerhalb des gewohnten Rechts/Links Schemas.

Bei Gründung der GRÜNEN liebäugelten viele mit der Systemalternative im Osten. Der Bruch begann erst, als Petra Kelly, die Kampagne im Osten „**Schwerter zu Pflugscharen**“ übernahm und der problematische Umgang mit Systemkritikern und Menschenrechten öffentlich machte.

Der Fall der Mauer und die gewaltigen Änderungen für die Menschen dort sind mitnichten verdaut. **Ja, der Zweite Weltkrieg endete am 09. November 1989 die Probleme der Wiedervereinigung allerdings nicht.**

Kohl versprach „**blühende Landschaften**“ und die Parteien machten sich auf den Osten zu erschließen. Das taten wir GRÜNE genauso wie alle anderen. Wir fuhren hinüber in diesen unbekanntem Teil Deutschlands. Wir sprachen mit Bürgerrechtler von dem Bündnis und holten sie als neue Bezeichnung in unseren Parteinamen.

Relativ schnell wurde mir klar, wir sprechen zwar die gleiche Sprache, aber wir verstehen uns nicht. Waren die Bürgerrechtler von einem Aufbruch beseelt und der Tatsache nun wahre Helden zu sein, spielten sie bei den Parteien – auch in meiner – nun nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die Verletzungen, ja Traumatisierungen die ein diktatorisches System ihnen verpasst hatte, waren bei den DDR-Dissidenten allgegenwärtig. Wir Wessis hingegen wollten mit unserem Programm weitermachen und verstanden zu wenig von ihren politischen Ausgangspunkten.

Kurz gesagt: In der neuen Bundesrepublik waren die Helden von einst überflüssig. Man brauchte sie nicht mehr und sie sollten sich anpassen und nach unseren Regeln leben.

Und genauso, wenn auch in einem anderen Kontext ging es dem Rest der Bevölkerung der DDR und des ehemaligen Staatsgebietes der Sowjetunion. In einem dramatischen Tempo veränderte sich die Gesellschaft, sicher geglaubte Berufe lösten sich ins nichts auf, sicher geglaubte Arbeitsplätze verschwanden, ja ganze Branchen wurden abgewickelt. Man hat den Menschen viel versprochen, für manche kam allerdings wenig bis nichts nach. Die gelobte Freiheit, der endlose Konsum war nicht für alle umsetzbar. Wie man deutlich an den Zahlen der AfD und auch der Linken sieht, sind manche bis heute nicht in einem modernen Deutschland angekommen.

Verstehen Sie mich recht, ich will hier nicht richten. Ich habe damals mal gesagt, man hat den Menschen ihre Würde genommen und sie mit dem Quelle Katalog zurückgelassen.

Wenn wir uns zurückerinnern, wollte Gesellschaft und Politik mehrheitlich die Verlierer dieser Lage nicht sehen. Bis heute.

Die deutsche Wiedervereinigung war für viele **ein Taifun der Änderungen und Unsicherheiten. In Deutschland und auch in Europa. Der Fall der Mauer war mehr als die Freudentränen der Wiedervereinigung und die Einführung der neuen Freiheit. Sie war für viele DDR Bürger/Innen eine Zäsur, die sie sich so nicht gewünscht haben.**

Während die Westeuropäer Zeit fanden in eine neue Zeit hineinzuwachsen, konnten dies die Osteuropäer weniger. Während die Westeuropäer Zeit hatten, beginnend vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis in die neunziger Jahre hinein, eine gesellschaftspolitische Entwicklung zu vollziehen, schied dieser Prozess im Osten aus. Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Frauenrechte und die ökologischen Themen die sich auch bei uns mehreren Jahrzehnten der Debatte entwickelt haben, standen bei ihnen nicht auf der Agenda.

Die Dramatik dieser unterschätzten Entwicklungen ist meines Erachtens ein Grund für den Nationalismus, Rechtsradikalismus und völkischen Denkens eines anwachsenden Anteils der Bevölkerung. Die sicher geglaubte Ordnung,

die staatliche Macht des Systems, der nahtlose Übergang vom Faschismus der dreißiger Jahre hin zu einer sozialistischen Diktatur machen eben aus Menschen des Systems nicht einfach und automatisch über Nacht glühende Demokraten.

So wie in Westdeutschland der sechziger Jahre und später einige des Satz sagten: „Das hätte es bei Adolf nicht gegeben“ giert dieser Teil der Bevölkerung nach einer „BASTA Lösung“ ohne demokratischen Aufwand.

Ich gebe diesem Thema hier den Raum, weil sich diese Entwicklungen hin zur AfD und Pegida, nicht nur im Osten unseres Landes vollzieht, sondern eben – wie schon gesagt - auch in den großen Osteuropäischen-Nachbarländern wie Polen und Ungarn. Wir sehen diese Entwicklung allerdings auch in Frankreich, Holland, Italien genauso und letztlich auch in Groß-Britannien oder den USA. Hier hauptsächlich in der Folge einer verfehlten Integrationspolitik. Im Westen haben die Bürger Angst man nehme ihnen den Wohlstand und deshalb wählen sie die Populistische Partei. Ich nenne das mal Selbstmord aus Angst vor dem Tod.

Populisten machen uns glauben, es könnte endlich jemand BASTA sagen oder besser wieder „Germany first“ sagen und die moderne Welt der Globalisierung und auch der Ausländer- und Flüchtlingsproblematik endlich abstellen. Ziehen wir einen Zaun um unsere Länder, machen wir wieder unser eigenes Ding und schmeißen die Leute aus unserem Haus heraus, die wir nicht wollen. Basta.

Aber, meine Damen und Herren, das ist ja nicht alles was diese Herrschaften im Gepäck haben. **Joschka Fischer hat gesagt: wenn man Politik völkisch begründet ist man ein Nazi und das soll man auch sagen.** Interessanter Weise wird das als „Nazi-Keule“ bezeichnen, was die Mitglieder der AfD weit von sich weisen. Ihre Prosa spricht allerdings eine deutliche Sprache!

Kehren wir noch einmal kurz in die Geschichte zurück:

Das heutige Europa ist ein Vielvölker-Staat, das Ergebnis von Einwanderung auch und gerade aus Kolonialstaaten; Europa ist das Ergebnis einer mit hohen Blutzoll in vielen Kriegen erkämpften Ordnung. Unsere Demokratie ist die Abkehr von menschenverachtenden Regeln, in denen die Freiheit des

Individuums eine untergeordnete oder gar keine Rolle spielte, wie z.B. die Leibeigenschaft im Mittelalter. Auch wenn und das weiß ich sehr wohl, die allgemeine Glückseligkeit in unseren Ländern noch nicht ausgebrochen ist!

Uns alle sollte eine Tatsache besonders alarmieren: wer Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung in der Vielfalt der Lebensformen, tolerantes Umgehen mit Minderheiten und der Schutz der Schwachen in dieser Gesellschaft ebenso wie eine freie Presse, ein funktionierender Rechtsstaat und ein gewisser Standard in der Kommunikation abschaffen will, legt die Axt an unsere Gesellschaft!

Die AfD fordert: Nur noch ihre Meinung soll als richtig gelten! Ansonsten geben sie sich beleidigt und beklagen Diskriminierung. Was ist es also anderes als der Versuch die Meinungsfreiheit in Deutschland abzuschaffen?

Und egal, ob wir hier über Le Pen, Trump oder die englischen Helden des Brexit, Victor Orban oder die Vertreter der PIS Partei in Polen sprechen: allen gemeinsam ist: eine Sündenbockmentalität.

Menschen die sich nicht wehren können werden zum Schuldigen erklärt. Wahre und unwahre Fakten werden vermischt und verdreht publiziert. Keine neue Idee wie man Staaten zusammenhält und weiterentwickelt, keine Lösung für die drängenden Probleme und keine Ahnung, wie man in einem Land weiterleben soll, in dem sich, wie man in den USA schon lange besichtigen kann, die verschiedenen Seiten sich abgrundtief hassen.

Und ja, auch ich kann mir einzelne Probleme der EU herauspicken. Nichts von alledem will ich hier schön reden.

Ich ärgere mich maßlos über **den Einsatz von Lobbyisten**. An manchen Punkten findet eine Geldverschwendung ohne Ende statt und man hat den Eindruck die Kommission beschäftigt sich mehr mit der Krümmung der Gurke als mit den wichtigen Problemen.

Aber können diese Mißstände wirklich bedeuten, dass wir zurückkehren, zu einer Kleinstaaterei?

Lassen sich die globalen Probleme der Wirtschaft, des Klimawandeln und der Migration aus Kriegsgebieten oder armen Staaten in Afrika durch einzelne staatliche Entscheidungen wirklich besser lösen?

Sind Länder dann Handlungsfähiger? Ich meine Nein.

Der Krieg in Syrien und seine flüchtenden Menschen ist nach wie vor ungelöst. Die Massaker gehen ungehindert werden. Assad hat durch die Unterstützung von Putin – und dem Ausfall der USA als Ordnungsmacht - freie Hand. Gegner von Assad werden genauso abgeschlachtet, die die Kurden, die als einzige sich dem Wahnsinn entgegen gestellt haben. Die Situationen in den Flüchtlingscamps an den ganzen Wanderrouen sind, mit Billigung von Deutschland, eine Katastrophe. Eine Perspektive für die Menschen gibt es nicht.

Die Türkei als Nato Partner ist auf dem Weg in Richtung Russland und Putin verfügt über einen Stützpunkt mit Blick auf das Mittelmeer.

Der bestehende Nationalismus in vielen Ländern Europa verhindert jede gemeinsame Lösung. Das darf nicht so bleiben! Wer sich nicht an die Regeln hält muss sanktioniert werden, bis hin zum Rauschmiss aus Europa.

Und ja: Merkel hat Recht, das Dublin-Abkommen, welches bestimmt, dass die Menschen in dem Land bleiben sollen in das sie zuerst eingereist sind, funktioniert nicht. Kann auch gar nicht, sage ich, da es für Einzelfälle gemacht war und eben nicht für Völkerwanderungen.

Und mit einer Völkerwanderung haben wir es auch aus Afrika zu tun. Bereits vor über zwanzig Jahren habe ich mich mit Mitarbeiter der GiZ unterhalten. Diese Gesellschaft verantwortet die deutsche Entwicklungshilfe. Schon damals, war klar, dass Millionen von hauptsächlich jungen Männern gen Norden streben. Geglaubt habe ich das damals nicht. Auch ich dachte, alles ist so weit weg, das betrifft uns nicht.

Die kriegerischen und terroristischen Entwicklungen nicht nur von Boko Haram, die Ausbeutung des Kontinents durch internationale Konzerne, die AIDS Infektionsrate und die zunehmende Versteppung der Landschaft durch die Klimaveränderung, wird die Lage nicht besser machen.

Die europäische Politik der Flüchtlingslager z.B. in Libyen hat dazu geführt, dass Sklavenhändler in diesem Wahnsinn ungehindert ihrem Geschäft mit Menschenhandel nachgehen können. Das darf Europa nicht geschehen lassen! Währenddessen geht China ungehindert seiner Landnahme in Afrika weiter nach. Nestle z.B. kauft Brunnen auf, um das Wasser dann teuer zu verkaufen.

Ganze Landstriche sind verseucht, weil die Multinationalen Konzerne, die Öl fördern, der Umweltschutz egal ist. Und so könnte man ewig weiter machen. Abgesehen davon, dass die Machthaber in den jeweiligen Ländern der eigene Reichtum wichtiger ist, als das Überleben der Bevölkerung. Das ist eine afrikanische Schande!

Die Probleme, die ich hier nur kurz beschreibe, sind schon deprimierend und groß genug, ich kann allerdings keine Entwarnung geben, dass sie weniger werden. Im Gegenteil.

Während die westlichen Demokratien sich in Abschottung überbieten und Europa sich einmauert, weil eine weitere Zuwanderung keine oder wenig Akzeptanz in der Bevölkerung findet, schauen wir dem Sterben auf dem Mittelmeer untätig zu. Da verschiebt sich etwas in unserem Wertesystem!

Es liegt auch an Europa die Werte, die in vielen Kriegen erkämpft wurden, in die Welt zu tragen. Wir brauchen einen Marshall-Plan für Afrika; die Menschen müssen spüren, dass ihre Arbeitsleistung einen Wert hat, dass sich Märkte entwickeln können, wenn sie Hilfe bekommen. Kleinräumige Lösungen bei einem gleichzeitigen Zurückdrängen der multinationalen großen Konzerne muss das Ziel sein. Dafür muss man vor Ort werben und die Machthaber einbinden. Hier schlägt die Globalisierung den Menschen richtig in das Gesicht! Und mehr noch, in vielen Regionen der Instabilität und der terroristischen Umtriebe hat man das Gefühl, wir befinden uns wieder im Mittelalter.

Und wir müssen uns fragen, ob die vielbeschworenen Werte der Humanität und der Aufklärung noch einen Wert besitzen? Demokratie ist kein statischer Prozess, entwickelt sich nicht von alleine! Kommen sie alle heraus aus ihrer Komfortzone des satten Wohlstandes und mischen sie sich ein. Alle Parteien haben Nachwuchsprobleme und wollen neue Menschen die sich aktiv beteiligen.

Haben wir auch nicht die existenziellen Probleme wie z.B. in Afrika verstehen die Menschen bei uns die Vorgänge oder besser den Stillstand nicht mehr. Die AfD und Bestrebungen der Linken, quasi als Querfront, müssen mit dem energischen Widerstand aller Demokraten rechnen.

Wir haben globale und internationale Probleme die auch nur dort – auf dieser Ebene gelöst werden können, aber eben auch unsere eigenen nationale Probleme, die im Moment nicht erkennbar angegangen werden. Pflege und Krankenhäuser, Wohnungen und Mieten, Digitalisierung und Arbeitsplatzverlust, Einwanderung und Integration. Alles Fragen die mitnichten das alte rechts/links Schema berühren!

Es wäre fatal wenn die gesellschaftliche Intelligenz in Deutschland nicht erkennen würde, mit welchen epochalen Problemen wir es zu tun haben. Jeder muss nicht sein eigenes Klein-Klein im Blick haben, sondern die Frage: Wohin steuert Deutschland, Europa und die Welt wenn wir die antidemokratischen Bestrebungen weiter kampflös laufen lassen. Wir alle müssen diesen Leuten intelligente Lösungen entgegen setzen. Regional wirtschaften – National und international Verantwortung tragen in einem funktionierenden europäischen Gerüst, das ist das Ziel für Frieden und Wohlstand in Europa und in Deutschland.

Vielen Dank !